

Koexistenz und leistet ihren solidarischen Beitrag im Prozeß der sozialen und nationalen Befreiung anderer Völker der Welt. Im Hinblick auf die internationalen Beziehungen muß die feste antiimperialistische Position Eures Staates hervorgehoben werden, der sich den Absichten der Militarisierung des Weltraums durch die USA widersetzt. Diese feste antiimperialistische Position findet auch ihren Ausdruck in dem von der DDR und der CSSR unterbreiteten Vorschlag zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa, der von den übrigen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterstützt wird. Unsere Partei stimmt mit Genossen Honecker darin überein, daß eine Koalition der Vernunft notwendig ist, um die Menschheit vor dem nuklearen Holocaust zu bewahren. Die internationale Aktivität Eurer Partei — der SED — und Eures Staates hat in der ganzen Welt Anerkennung gefunden, und alle Bestrebungen der revanchistischen und kriegstreiberischen Kräfte in der BRD sind gescheitert; denn jeder Tag in der Geschichte der DDR ist eine notwendige Leistung beim Voranschreiten Europas und der Welt auf dem Wege des Friedens und des Fortschritts.

Genossen! Euer Parteitag findet in einer Zeit statt, in der sich die internationalen Beziehungen besonders problematisch gestalten aufgrund der Kriegsgefahr, die durch Reagans Politik des Neoglobalismus entstanden ist. Die Aggressionen gegen Libyen, Nikaragua und weitere Völker, die für ihre nationale Befreiung kämpfen, erinnern uns an jene finsternen Zeiten des Hitlerregimes, von denen Brecht sprach. Die Aktion der USA gegen das libysche Volk stellt vor der Weltöffentlichkeit den staatsterroristischen Charakter der Politik der Vereinigten Staaten bloß. Die ständige Verletzung des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen sowie von internationalen Verträgen und Abkommen durch die USA und die Politik Reagans stellen eine Bedrohung des Weltfriedens dar. Selbst unter den Verbündeten der USA gibt es viele, die den Despotismus und die Arroganz solcher Herren wie Vernon Walters, Weinberger oder Shultz zu spüren bekommen. Diese Aktionen der USA müssen energisch verurteilt werden; ihnen muß mit aller Entschlossenheit Einhalt geboten werden, um eine durch die bewaffnete Übermacht der USA ausgelöste Eskalation zu verhindern.

Unsere Partei führt in unserem Land einen unermüdlichen Kampf gegen die reaktionäre Wirtschaftspolitik der sozialdemokratischen Regierung, die sich den Anweisungen des Internationalen Währungsfonds unterordnet. Diese Politik hat zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen unseres Volkes geführt. Am 24. April 1984 erhoben sich die Volksmassen zum Protest gegen die Wirtschaftsmaßnahmen; beim gewaltsamen Vorgehen gegen die Protestierenden gab es mehr als 100 Tote. Dies alles hat den Ruf der gegenwärtigen Regierung verschlechtert, die sich ausschließlich durch Korruption sowie durch die Mißachtung der Nöte und Forderungen des Volkes auszeichnet. Im Verlaufe der letzten vier Jahre haben Arbeitslosigkeit, Unterernährung und Drogenhandel zugenommen, und die Dominikanische Republik hat vieles von ihren wirtschaftlichen, kulturellen und moralischen Werten eingebüßt. Aber es exi-